

**TOP 4.1**

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	07.11.2022	öffentlich

**Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat und der Linksfraktion Ludwigshafen; Maßnahmen zur Energiearmut - Einrichtung eines Notfallfonds, Stärkung der Energie- und Schuldenberatung**

Vorlage Nr.: 20225738



**Stadtratsfraktion Ludwigshafen**

Monika Kleinschnitger · Fraktionsvorsitzende  
Hans-Uwe Daumann · Fraktionsvorsitzender

Rathausplatz 10, 67059 Ludwigshafen  
fraktion@gruene-lu.de

An die  
Oberbürgermeisterin  
Frau Jutta Steinruck  
Jaegerstraße 1

67059 Ludwigshafen

 **Linksfraktion Ludwigshafen**

Heinigstr. 25 a  
67061 Ludwigshafen  
Dr. Liborio Ciccarello  
Fraktionsvorsitzender  
info@linksfraktion-ludwigshafen.de

Ludwigshafen, den 1. November 2022

**Antrag zur Sitzung des Stadtrats am 07.11.2022:**

**Maßnahmen zur Energiearmut - Einrichtung eines Notfallfonds, Stärkung der Energie- und Schuldenberatung**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Stadtrats am 07.11.2022 zu setzen: Maßnahmen zur Energiearmut - Einrichtung eines Notfallfonds, Stärkung der Energie- und Schuldenberatung

Wir beantragen:

1. Die Einrichtung eines Notfallfonds auf Initiative und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Dabei könnten vorhandene bürgerschaftliche Strukturen z. B. Aktion 72 aktiviert werden. Darüber sollen z.B. Zuschüsse bei hohen Energienachzahlungen und in vergleichbaren Notlagen gezahlt werden. Der Notfallfonds kann gefüllt werden über öffentliche Spendenaufrufe, die sich an Privatpersonen und Unternehmen richten. Am Notfallfonds der Stadt Speyer sind z. B. maßgeblich die Stadtwerke Speyer beteiligt. Ggf. können öffentliche Zuschüsse etwa der Landesregierung genutzt werden.
2. Die Stadt stärkt die Beratungskapazitäten (v. a. Energieberatung, Schuldnerberatung) in Zusammenarbeit mit Fachorganisationen wie der Verbraucherzentrale, dem Energieversorger TWL AG und ggf. weiteren Partner:innen (Energieagentur RLP, GAG usw.) Im Verbund sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie im konkreten Fall Energiekosten reduziert werden können, und ggf. Hilfen aus dem Notfallfonds und anderen Quellen in Anspruch genommen werden können – u. A. für die Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte. Die Stadt unterstützt die Bemühungen um eine Fortsetzung des Projekts „Verbraucher stärken im Quartier“, damit perspektivisch barrierearme Beratungskapazitäten in verschiedenen Stadtteilen in Ludwigshafen aufgebaut werden können. Die Stadt prüft, wie die Schuldnerberatung temporär personell verstärkt werden kann bzw. die Zugänge zur Beratung vereinfacht/verkürzt werden können, um den erwartbar starken Beratungsbedarf zeitnah auffangen zu können.
3. Die Stadt initiiert eine Informationskampagne in Zusammenarbeit mit Partner:innen im Konzern Stadt und mit freien Trägern, um zeitnah möglichst viele Menschen, die in vulnerablen Haushalten leben, zu informieren. Ziel ist den Zugang zu Informationen möglichst zu erleichtern, damit die Betroffenen Energiekosten sparen können bzw. im Falle eines Zahlungsverzugs auf ihre Möglichkeiten als Kund:innen und auf Hilfsquellen hingewiesen werden. Dazu ist es notwendig, auf verschiedenen Wegen (online und Print) auch Informationen in den wichtigsten nicht-deutschen Sprachen zur Verfügung zu stellen. Dafür sollen auch Anlaufpunkte wie Sozialbehörden, Schulen, Kitas, Jobcenter, Wohlfahrtsverbände, Religionsgemeinschaften aktiviert werden.

### **Begründung des Antrags**

*Die Energiepreise steigen rasant. Man rechnet damit, dass einer 4-köpfigen Familie im nächsten Jahr Mehrkosten für Energie von 4 – 5000 Euro entstehen werden. Die Endpreise für Gas können schät-*

zungsweise bis auf das Sechsfache steigen. Es droht eine bis in die Mittelschichten hineingreifende Energiearmut, insgesamt eine Zunahme der Armut, der Verschuldung, des drohenden Verlusts der Wohnung. Studien zufolge gehören zu den grundlegenden wechselwirkenden Faktoren, die Energiearmut erzeugen: ein geringes Haushaltseinkommen, hohe Energiepreise und eine geringe Energieeffizienz (Gebäude und Geräte).

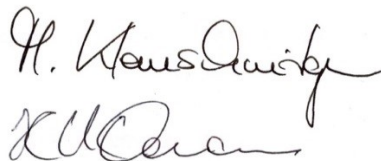
Schon im Juli 2022 stellte das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) fest – und da standen noch zahlreiche Erhöhungen aus: „Gut 25 Prozent der Deutschen gaben im Mai 2022 mehr als zehn Prozent ihres Nettoeinkommens für Energie aus. Dazu gehören Ausgaben für Heizen, Warmwasser und Strom. Gibt eine Person mehr als zehn Prozent ihres Nettoeinkommens für Energie aus, gilt sie als „energiearm“. Eine von Energiearmut bedrohte Person muss dieses Jahr voraussichtlich knapp 2.500 Euro für Haushaltsenergie ausgeben. Tatsächlich lässt sich auch in der unteren Mittelschicht beobachten, dass der Anteil der sogenannten energiearmen Personen ansteigt. Im Mai 2022 verdoppelte sich der Anteil der von Energiearmut gefährdeten Personen in dieser Einkommensklasse auf knapp 41 Prozent. (...) . Bei den Grundsicherungsempfängern werden Heiz- und Warmwasserkosten erstattet, hier kommt es daher vorrangig auf eine zeitnahe Kostenübernahme und Anpassung der Regelsätze an die höheren Stromkosten an.“ (laut Institut der Deutschen Wirtschaft, PM 3.7.2022)

Von den Wohngeld-Haushalten sind fast 73 Prozent energiearm; Geringverdiener:innen-Haushalte, deren Einkommen knapp oberhalb der Grenze zur Mindestsicherung liegt, fallen ganz durch das soziale Netz und sind jetzt besonders gefährdet. (Christoph Strünck: Energiearmut bekämpfen – Instrumente, Maßnahmen und Erfolge in Europa, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2017)

Bekanntlich gibt es in Ludwigshafen viele Niedriglohnbezieher:innen in prekärer sozialer Lage. Sie können die durch die Inflation angestiegenen Kosten des täglichen Bedarfs und die Miete kaum noch bezahlen. Daran werden auch die Entlastungspakete des Bundes nicht grundsätzlich etwas ändern. Die Sozialverbände rechnen mit einem starken Anstieg von Strom- und Gassperren und schweren sozialen Verwerfungen. Konkret: Die Betroffenen können im Fall von Sperren nicht mehr kochen und heizen. Man kann sich unschwer vorstellen, was dies besonders für Kinder und alte Menschen bedeutet.

Energie ist ein Basisgut, auf das Menschen existentiell angewiesen sind. Fehlende Energie bedroht u.a. die Gesundheit gravierend. Deshalb erfordert das Problem Energiearmut eine Antwort der Politik auf allen Ebenen, in diesem Falle des Stadtrats.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Kleinschnitger und Hans-Uwe Daumann  
Fraktionsvorsitzende

Liborio Ciccarello  
Fraktionsvorsitzender